

AKTUELL

BUDGET 2021

Paradigma Ökosteuer

Richard Graf

Schulden machen ist angesichts der aktuellen Lage zwar wieder erlaubt, Steuererhöhungen zum sozialen Ausgleich bleiben aber weiter tabu.

In einem waren sich diese Woche sämtliche Parlamentarier*innen einig: Die Haushaltsvorlage 2021 dürfte die ungewöhnlichste seit den Wiederaufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Sie stellt in mancher Hinsicht selbst die Haushalte, die der Finanzkrise 2008/2009 folgten, in den Schatten. Einzig hinsichtlich der Dauer der Krise - die ja 2012 beinahe zur Selbstsprengung der Regierung führte, als die Majorität ihren Finanzminister nachsitzen ließ und ihn zwang, das vorgesehene Defizit quasi zu halbieren - gingen die Einschätzungen auseinander.

Mit Ausnahme der ADR wollte diesmal allerdings niemand die Vokabel Sparmaßnahmen in den Mund nehmen - zumindest nicht für die nächsten zwei Jahre. Die Vorwürfe seitens der CSV waren eher rückwärtsgewandt, weil es vermieden worden sei, in den guten Jahren Rücklagen für den berühmten „Apel fir den Duuscht“ zu bilden.

Die Eckwerte des Jahreshaushalts, der bei einem Gesamtvolumen von 16,9 Milliarden Euro auf der Einnahmeseite ein Defizit von 2,46 Milliarden vorsieht, lassen alle Versuche, durch das Stellen der einen oder anderen Schraube auch nur in die Nähe eines ausgeglichenen Haushalts zu gelangen, ohnehin vergeblich erscheinen.

Deshalb war es interessant zu verfolgen, welcher Argumente Mehrheit und Opposition sich bedienten, um das Abweichen von der seit jeher geltenden Budgetorthodoxie - wenn auch mit Nuancen - zu rechtfertigen. Wenn Finanzminister Pierre Gramegna (DP), der in einem früheren Leben Generaldirektor der Chambre de Commerce war, ausgerechnet den Bericht der konkurrierenden Salariatskammer (CSL) lobend erwähnt, um die eine oder andere von ihm vorgeschlagene Maßnahme zu verteidigen, so lässt das tief blicken.

Kontrovers wurde es vor allem bezüglich des Novums der Carbonsteuer - die sich in einer Erhöhung der Alkzisen auf fossilen Energieträgern bemerkbar macht. Es war weniger die Steuer an sich, die zur Debatte stand, als die Art und Weise, wie der (un)soziale Impact dieser Steuer ausgeglichen werden soll.

Der Vorwurf, das Budgetdokument würde wenig bis gar keine Hinweise auf den realen Impact dieser Steuer enthalten und könne somit auch nicht

adäquat die sozialen Verwerfungen, die sich daraus ergeben, berechnen, wies der Finanzminister erst gar nicht zurück.

Die CSL hatte vorgerechnet, dass vor allem jene, denen die „allocation de vie chère“ knapp nicht mehr zusteht, benachteiligt werden. Gerade bei denen, die wegen niedriger Wohnkosten etwas weiter in der Peripherie leben und nicht auf das Privatauto verzichten können, reiche der erhöhte Steuerkredit nicht aus, um die Mehrkosten durch den verteuerten Sprit zu decken.

Steuer mit Schwindsucht

Andererseits ist aber auch absehbar, dass die Carbonsteuer eher zu einem Einnahmenschwund, denn zu einer Erhöhung führen wird. Dies nicht, weil die Luxemburger*innen sich durch die paar Cent Verteuerung disziplinieren ließen, sondern weil die Einnahmen aus dem Tanktourismus rückläufig sein werden - mit welcher Geschwindigkeit und in welcher Größenordnung lässt sich freilich schwer voraussagen.

Dem Budgetberichtersteller François Benoy (Déi Gréng), für den der Haushalt 2021 nicht nur ein Krisenhaushalt, sondern auch der Einstieg in einen Paradigmenwechsel bedeutet, gerade wegen der Einführung einer solchen Steuer, scheint der Koalitionskompromiss in Sachen Ausgleich nicht zu genügen. Jedenfalls wagt er die Flucht nach vorn und schlägt unter anderem vor, die jetzt gewährten Kompensationen für die unteren Einkommensschichten sukzessive der angekündigten Ausweitung des Ökosteuer-Arsenals anzupassen.

Wer also für einen sozialen Ausgleich für die Einführung einer Ökosteuer eintritt, kommt nicht umhin, andere Töpfe zu bemühen, damit nicht am Ende Geringverdiener ähnlich den französischen „gilets jaunes“ den ohnehin nur schleichend vorankommenden Verkehr durch wilde Barrikaden ganz zum Erliegen bringen.

Dazu aber bedarf es einer umfassenden Steuerreform, die für bestimmte Teile der Bevölkerung auch eine Erhöhung der Steuern bedeuten würde. Das zu sagen, trauten sich anlässlich der Steuerdebatten außer den Linken niemand. Im Gegenteil: Die Mehrheit und die restlichen Oppositionsparteien warfen sich gegenseitig vor, heimlich Steuererhöhungen betreiben zu wollen, ohne sie beim Namen zu nennen. Und setzten sich in dieser Frage so gegenseitig schachmatt.

SHORT NEWS

Petition für Copyrightreform

(ja) - Eine Europäische Bürger*inneninitiative namens „Freedom to Share“ fordert eine grundlegende Reform des Urheber*innenrechts in der Europäischen Union. Die Idee ist nicht neu und steht in völliger Opposition zu dem, was innerhalb der EU in den letzten Jahren beschlossen wurde: Filesharing soll zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken legalisiert werden. Die Initiator*innen fordern jedoch keine Abschaffung von Urheber*innenrechten, sondern ein Update, das an die digitale Realität angepasst ist. Kritisiert werden auch die großen Labels und die Streamingplattformen wie etwa Spotify und Apple Music - erstere hätten die Digitalisierung verschlafen und müssten sich jetzt mit Almosen von letzteren abfinden. Eine Reform müsse daher auch ein alternatives Finanzierungsmodell für Künstler*innen beinhalten, fordert die Initiative. Sie will mit ihrer Petition vor allem die Diskussion um das Urheber*innenrecht neu entfachen, um damit gegen die gefürchteten Uploadfilter vorzugehen, an denen aktuell gefeilt wird. Die Petition kann unter freesharing.eu unterzeichnet werden. Die Initiative stammt aus dem Umfeld europäischer Piratenparteien, wird aber auch von Wikimedia Italien unterstützt.

MoU ou pas MoU : dure question...

(lc) - La bataille pour la transparence autour des MoU (« memorandum of understanding »), ces semi-accords confidentiels que le gouvernement aime signer avec des multinationales, vient de connaître un nouveau rebondissement. Après l'échec du recours de Greenpeace devant le tribunal administratif pour s'opposer au refus du gouvernement de communiquer le MoU conclu avec Google et la commune de Bissen - même après le feu vert de la commission d'accès -, les députés Mosar et Roth du CSV croyaient avoir trouvé une faille. En effet, dans une question parlementaire antérieure des députés, le gouvernement avait décrit les MoU comme des documents « sans engagement de type juridique ». Or, devant le tribunal, l'avocat de l'État aurait plaidé le contraire. Malheureusement, il semble que tous les MoU ne se valent pas. Du moins dans l'argumentaire de Xavier Bettel. Pour lui, la première question aurait englobé tous les MoU, tandis que la deuxième n'en concernait qu'un de très précis. Une comparaison qui ne tiendrait pas la route pour le premier ministre, qui sort donc son arsenal de juriste pour encore une fois claquer la porte à la transparence. Et nous qui croyions aux fenêtres ouvertes !

online

Pendeln, Sicherheit und Porno

Sie mögen die Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie regelmäßige Artikel, die ausschließlich online erscheinen.

Tägliches Pendeln ist ein großer Stressfaktor Eine Studie des Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser) hat das Mobilitätsverhalten von Grenzgänger*innen untersucht und ist dabei zum Schluss gekommen, dass Bahnfahrende generell zufriedener sind. woxx.eu/pendeln

Sécurité privée : Taina Bofferding appelée à la rescousse Dans l'imbroglio autour du personnel de sécurité privé payé par la commune de Luxembourg pour patrouiller autour de la gare et dans la Ville-Haute, une partie de l'opposition vient d'envoyer une missive à la ministre de l'Intérieur. woxx.eu/securite

Was heißt hier „Familie“? Bei der politischen Kommunikation rund um Kontaktbeschränkungen an Weihnachten wird deutlich, welche Lebensformen die Regierenden als Norm wahrnehmen - und für wen sie letztendlich Politik machen. woxx.eu/familie

Pornhub : Opération nettoyage Le plus grand site porno du monde vient d'annoncer qu'il a bloqué quelque 8,8 millions de vidéos. La pression économique a été trop grande après que Mastercard et Visa avaient terminé leurs relations avec la firme basée au Luxembourg. woxx.eu/pornhub